

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/157

24. August 1970

Die Opposition und die Außenpolitik

Fakten, die Herr von Guttenberg gesetzt hat
(Seite 1 - 2 / 55 Zeilen)

Wielange noch Denkpause?

DDR-Führung vor schweren Entscheidungen
(Seite 3 - 4 / 54 Zeilen)

Die aktuelle Reportage

Geerntet kann täglich werden

Weltweiter Kampf gegen den Protein-Mangel
(Seite 5 - 6 / 80 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 888 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Opposition und die Außenpolitik

Fakten, die Herr von Guttenberg gesetzt hat

Die christdemokratische Opposition, die sich in ihrer Kritik an der Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierung und an dem deutsch-sowjetischen Vertrag nahezu überschlägt, sieht sich nicht bloß in eine nur mit Substanzverlust zu vorlassende Sackgasse verfrachtet, sondern jetzt zudem noch mit der Desavouierung eines ihrer Matadoren konfrontiert. Der außenpolitische Experte der Strauß-CSU, Baron von und zu Guttenberg, hat sich in seinen Aktionen gegen die Regierungspolitik und gegen den Moskauer Vertrag vor allem auch auf den unablässig vorgetragenen Vorwurf gestützt, daß die beiden christdemokratischen Parteien angeblich absolut unzureichend über die einzelnen Stationen der Vertragsverhandlungen und des Vertragsabschlusses informiert worden seien; ein Vorwurf übrigens, der zu den Standardklagen der CDU und CSU gehört. Abgesehen davon, daß die Bundesregierung mit Recht die Berechtigung dieser klagenden Kritik bestreiten, wobei sie u.a. auch das schwerwiegende Argument zur Hand hat, daß die Christdemokraten mit fadenscheinigen Ausreden den Vorschlag abgelehnt hatten, einen offiziellen Beobachter mit zu den Vertragsverhandlungen des Bundesaußenministers nach Moskau zu entsenden, abgesehen davon also stellt sich jetzt heraus, daß im Christdemokraten-Lager vor wenigen Jahren noch ganz anders über das Problem Außenpolitik und Opposition gedacht worden ist.

Der Aufmerksamkeit des sozialdemokratischen Politologen Bruno Friedrich ist es zu verdanken, daß die deutsche Öffentlichkeit jetzt an eine aufsehenerregende Aussage gerade des Baron von und zu Guttenberg erinnert werden kann, die beweist, wie ausschließlich zweckbezogen die heutige Kritik dieses CSU-Abgeordneten und seiner Parteifreunde ist. In Heft 5 der "Politischen Meinung" hat v. Guttenberg im Jahre 1960 folgende verbindlichen Feststellungen getroffen.

"In allen funktionierenden Demokratien der Erde gibt es

eine parlamentarische Diskussion um die Wege der Außenpolitik. Sie wird hier schärfer und dort weniger erbittert geführt. Die Opposition aber sollte dabei niemals so weit gehen, der legitimen Vertretung ihrer Regierung bei der Vertretung ihrer Politik gegenüber anderen Mächten in den Arm zu fallen oder sie gar zu verdächtigen, in Wahrheit das Gegenteil von dem zu wollen, was sie erklärt ... denn nach dem Grundgesetz ist der Kanzler Vollstrecker der deutschen Politik. Alles Gerede über eine gemeinsame Außenpolitik bleibt daher so lange leer und unglaubwürdig, wie die Opposition dem Ersten Bevollmächtigten der deutschen Demokratie das persönliche Vertrauen verweigert."

(Zitat nach "Neue Gesellschaft")

Soweit das Zitat, das das heutige Verhalten des Zitierten und seiner christdemokratischen Parteifreunde in einer Weise decouvriert, daß man schon Mitleid haben muß. Vielleicht könnte Herr von und zu Guttenberg, mit dieser seiner eigenen Aussage konfrontiert, zu irgendwelchen Ausreden und tiefverletzten Gegendarstellungen versucht sein. Das würde ihm freilich wenig helfen, denn dieses Zurechtrücken der Rolle der Opposition, so wie sie der Star-Außenpolitiker der CSU vor zehn Jahren vollzogen hat, steht in unveränderter Gültigkeit für ihn und seine Partei. Der Mann, der mit seinen moralischen Prämissen allem zuleibe rückt, was seiner Politik, so wie er sie versteht, und ihren Zielen, so wie sie seinem Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß ad usum delphini nützen, entgegensteht, wird schon aus seiner moralischen Position heraus nicht ungeschrieben machen wollen, was schwarz auf weiß vor ihm und vor uns liegt. Wenn dem daher so ist, dann sollte man füglich erwarten können und dürfen, daß sich die Opposition zu der Position und Aufgabe rückbesinnt, die ihr von einem ihrer prominentesten Fürsprecher als verbindlich und dem Staate und Volke nützlich zugeordnet worden ist.

+ + +

Wielange noch Denkpause?

DDR-Führung vor schweren Entscheidungen

Für die Bundesregierung besteht nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages kein Anlaß mehr, die im Anschluß an die Kasseler Begegnung zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten, Willi Stoph, von Ostberlin eingelegte Denkpause zu verlängern. Sie hat ihre Bereitschaft zu Gesprächen und Verhandlungen mit der DDR seitdem wiederholt bekundet, so zuletzt in ihrem Namen der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, und der Bundesminister im Bundeskanzleramt, Prof. Dr. Horst Ehmke. Allerdings empfiehlt sich in diesem Zusammenhang nach Erfurt und Kassel vorerst kein drittes Gipfeltreffen. Das kann nur dann sinnvoll sein, wenn die Chefs beider deutscher Staaten etwas zu beraten und zu entscheiden haben können, wozu sich sachkundige Experten beider Seiten im Vorfeld geeinigt haben. Nun ist deren Stunde gekommen.

Die Vorschläge der Bundesregierung für eine umfassende Regelung der Beziehungen beider deutscher Staaten liegen seit langem auf dem Tisch. Sie gehen von einem geregelten Nebeneinander und aktiven Miteinander aus. Sie enthalten keine aggressiven Elemente. Sie respektieren die territoriale Integrität der DDR, berühren in keiner Weise die Verpflichtungen, die die BRD und die DDR gegenüber ihren Vertragspartnern eingegangen sind, achten den Grundsatz, daß keiner der beiden deutschen Staaten für den anderen handeln oder ihn vertreten kann, sehen die Erleichterungen des gegenseitigen Reiseverkehrs vor sowie den Ausbau von Handelsbeziehungen, beziehen die Unterstützung für die Normalisierung der Lage in und um Berlin ein und schlagen die Einsetzung von Bevollmächtigten im Ministerrang mit entsprechenden Dienststellen vor.

Dieses Angebot geht von der bestehenden Realität zweier

deutscher Staaten aus, und es ist von dem Willen getragen, die Lage aller Menschen in gespaltenen Deutschland zu erleichtern. Das schließt jede Diskriminierung der einen durch die andere Seite aus. Befriedung im Herzen Europas bedeutet auch sicheren Frieden für ganz Europa. Von der DDR wird nichts verlangt, was gegen ihre Selbstachtung verstößt. Aber offensichtlich tut sich die DDR-Führung noch recht schwer, sich auf die durch den Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages entstandenen neuen Gegebenheiten einzurichten, obwohl der Staatsratsvorsitzende und SED-Chef Walter Ulbricht, dessen Rostocker Rede unvergessen ist, das Moskauer Kommuniqué der Warschaupakt-Staaten durch seine Unterschrift sanktioniert hat. Auch er und die Spitzenleute der SED müssen wissen, daß der Kalte Krieg nun endgültig im Abflauen ist, und daß sich im Rahmen der beiderseitigen Bündnissysteme die Staaten aufeinander zubewegen und der Kooperation gegenüber der Konfrontation den Vorzug geben.

Will die DDR, was ihr Verhältnis zur BRD anbelangt, den Ausnahmefall stellen? Wielange will sie noch an der "Denkpause" festhalten, ohne dabei Gefahr zu laufen, in die Isolierung zu geraten? Das veränderte politische Klima in Europa verlangt auch von der DDR eine veränderte Verhaltensweise, wenn sie nicht die Rolle eines Außenseiters im Getriebe der europäischen Politik übernehmen will. Allen lange Zeit für die Überprüfung bisher bewahrter, nun unfruchtbar gewordenen Positionen sollte freilich nicht mehr benötigt werden. Europa erwartet von Ostberlin bald das Signal "Grün".

+ + +

Die aktuelle Reportage

Gearntet kann täglich werden

Weitweiter Kampf gegen den Protein-Mangel

Anfang Oktober wird das Dreierteam aus Dortmund nach Bangkok fliegen: die zwei zierlichen Thailänderinnen Bulan und Malee und der Deutsche Dr. Payer vom Kohlenstoff-Biologischen Institut Dortmund. Im Reisegepäck werden sie einzellige Grünalgen haben, die unter hiesigen Klimaverhältnissen gezüchtet worden sind. Ist es das technisch erzeugbare Protein-Gemüse der Zukunft?

Bulan Phithakpol und Malee Chantarakant, beide vom "Institut of Food Research and Product Development" an der Kasetsart Universität in Bangkok, sind erst im Mai nach Deutschland gekommen. In einem fünf-monatigen Kursus lernen die beiden wissenschaftlichen Assistentinnen gegenwärtig in Dortmund, wie man einzellige Süßwasser-algen (Scenedesmus) züchtet. Daß Algen gegessen werden, ist ihnen aus ihrer Heimat bekannt, doch nimmt man sie dort, wo man sie findet. Ähnlich so wie es die Eingeborenen der südlichen Sahara tun. Sie schöpfen nämlich Blaualgen aus dem Tschadsee, trocknen und essen sie als Gemüse.

In Dortmund ist man der Ernährungsproduktion der Zukunft für die Milliarden hungriger Mäuler auf diesem Erdball auf der Spur. Mikroalgen wurden zu Kulturpflanzen gemacht, und gleichzeitig suchte man nach den besten Bedingungen, um diese rasch wachsenden Einzeller mit hohem Proteingehalt in großen Mengen produzieren zu können. Im Freiland unter günstigen, also warmen, Klimabedingungen bietet ihre Produktion gegenüber dem herkömmlichen Pflanzenanbau große ökonomische Vorteile: höhere Erträge an Protein je Hektar und Jahr, kein Abfall von Blättern, Stengeln oder Wurzelwerk, und außerdem kann die Produktion automatisiert werden.

Zwei Milliarden Menschen sind nach der Schätzung der Welt-ernährungsorganisation (FAO) ungenügend mit Protein versorgt. Protein-Mangel aber ist in vielen Ländern der Dritten Welt die Ursache für den schlechten Gesundheitszustand und die hohe Sterblichkeit der Menschen. Auch wird die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit durch zu wenig Protein in der täglichen Nahrung beeinträchtigt. Nun sind Mikroalgen zwar kein Wundermittel gegen den Hunger in der Welt, aber sie können sehr gut mithelfen, in Entwicklungsländern den folgenschweren Mangel an Protein zu bekämpfen.

Die thailändische Regierung läßt vom "Institut of Food Research and Product Development" in Bangkok ein Programm zur Entwicklung und Erprobung neuer hochwertiger Eiweißnahrungsmittel durchführen. Also richtete sich das Interesse des Direktors des Bangkokener Instituts, Amara Bhumiratana, der in Dortmund einen kurzen Informationsbesuch macht, auch auf die deutsche Grünalge-

Wird sie in dem warmen Klima Thailands gut wachsen? Sollte wider Erwarten das nicht der Fall sein, wird eine einheimische Alge im Bangkokener Institut kultiviert werden. 20 Jahre lang hat die Entwicklung der deutschen Grünalge gedauert. Für die Kultivierung einer in Thailand beheimateten Mikroalge müßte man jetzt drei Jahre veranschlagen. Am 30. Juli 1970 wurde in Bonn ein Abkommen zwischen der thailändischen und der Regierung der Bundesrepublik unterzeichnet, wonach Bonn im Rahmen der technischen Hilfe zum ersten Male ein Projekt zur "Erprobung der Grünalgentechnologie und der Akzeptibilität von Grünalgen für die menschliche Ernährung" in einem Entwicklungsland einrichtet. Die Laufzeit des Projekts wurde auf drei Jahre geplant und dafür 1,3 Millionen DM bereitgestellt.

Dr. Payer vom Kohlenstoffbiologischen Institut in Dortmund wird den Erprobungsversuch leiten. Er ist kein Neuling in dieser futurologischen Entwicklung zu einer technischen Produktion von hochwertigen Nahrungsmittelpflanzen. Seine Vision: Jeder Kleinbauer und Pächter in der Dritten Welt, dessen Familie von Eiweißmangelernährung betroffen oder bedroht ist, sollte seinen kleinen Algenbeich haben, aus dem er seinen Tagesbedarf selbst filtert, denn geerntet wird täglich.

Mit dem Mikro-Algen-Projekt in Thailand soll ein anderes für Mysore/Indien geplantes Algenprojekt und weitere für Ostasien vorgeschlagene koordiniert werden. Die dort gewonnenen Ergebnisse werden in Bangkok ausgewertet.

Möglicherweise stößt die deutsche Algenaktion in Ostasien auf die japanische Konkurrenz. Denn fast gleichzeitig mit den Untersuchungen in Dortmund untersuchte man in Israel, Japan und den USA die Voraussetzungen für die technische Produktion von Mikroalgen. 1955 entstand in Tokio die erste "Chlorella-Farm", so genannt nach der dort verwendeten Chlorellaalge. Doch der Absatz stockte. Als 1965 bekannt wurde, daß am Tschadsee in Afrika die Blaualge Spirulina gegessen wird, begann das "Institut Français du Pétrole" mit der Untersuchung dieser Mikroalge. Versuchsanlagen in Südfrankreich, Algerien und Mexiko zeigten, daß die Brackwasseralge Spirulina sehr hohe Flächenerträge an Protein ergibt. Allein in Japan aber wird bis jetzt die Mikroalge kommerziell erzeugt, doch kostet dort das Kilo ungefähr 12 DM. Für Entwicklungsländer dürfte das zu teuer sein.

Reinz Ockhardt